

Finanztransaktionssteuern

Vortrag Markus Henn auf der PG Krisen von Attac, 13.09.09

Die Krise bietet eine Gelegenheit, die Ursprungsforderung von Attac nach einer Besteuerung von Finanztransaktionen zum Wohle der Bürger Wirklichkeit werden zu lassen. Denn die wichtigsten Argumente der Gegner sind mit der Krise endgültig widerlegt. Und nun haben auch SPD und CDU die Forderung sich zu eigen gemacht, sogar in England äußerte sich der Chef der Finanzaufsicht Adair Turner positiv über die Tobinsteuer.

Die Diskussion über Finanztransaktionssteuern läuft bekanntermaßen vor dem Hintergrund einer extremen Expansion der Finanzmärkte ab. Hierzu noch einmal ein paar aktuelle Zahlen: An der Derivatebörse Eurex in Leipzig war im Jahr 2007 das Handelsvolumen mit Finanzderivaten 53-mal so hoch wie die Wirtschaftsleistung Deutschlands. Die gesamten globalen Finanztransaktionen überstiegen das Weltsozialprodukt um das 74-fache (Zahlen nach Prof. Schulmeister, Wifo Österreich). Laut dem Dreijahresbericht der Bank für internationalen Zahlungsausgleich, der besten Quelle für internationale Zahlen, stieg der Umfang an außerbörslichen OTC- („over the counter“) Kreditderivaten von ca. 5 Billionen Dollar im Jahr 2004 auf ca. 50 Billionen im Jahr 2007, sprich eine Steigerung um 1000 Prozent in drei Jahren. Bei den Devisen gab es im gleichen Zeitraum immerhin eine Steigerung um fast 70 Prozent von 1,9 Billionen Dollar täglichem Umsatz auf 3,2 Billionen.

Es ist nun die Frage, welchen volkswirtschaftlichen Nutzen diese Aufblähung hat, denkt man an die Zeiten vor dieser Entwicklung, wo die Wirtschaft nicht nur genauso Kapital für ihre Investitionen erhielt, sondern die Weltwirtschaft und vor allem die Finanzwirtschaft sogar weniger krisenanfällig war. Die Neoliberalen gingen immer davon aus, jede Marktstätigkeit sei ökonomisch vernünftig, der Markt sei immer effizient. Ein Beispiel: Nikolaus Piper, damals SZ-Wirtschaftschef, SZ vom 05.02.05: „Es ist schlicht unmöglich, spekulative von nicht spekulativen Geschäften zu unterscheiden. Wenn Porsche, BMW oder Volkswagen ihre Exporte nach Amerika gegen Währungsverluste versichern, machen sie dies mittels unzähliger Einzelgeschäfte; die sind für sich genommen spekulativ, haben aber letztlich doch fundamental mit der Realökonomie zu tun. Und das gilt mehr oder weniger für die gesamten 1,5 Billionen Dollar, die die Spekulanten täglich um den Globus jagen.“ Selbst Piper und andere neoliberale Journalisten erkennen aber heute an, dass hier eine Ablösung der Finanzwirtschaft vom Rest der Wirtschaft stattgefunden hat, die nicht einmal aus kapitalistischer Sicht funktional ist. Die Behauptung, der hyperliquide Überbau des Finanzmarktes diene der größeren Sicherheit und dem Fortschritt der gesamten Wirtschaft, hat sich mit der Krise als unhaltbar erwiesen. Denn wenn nur ein Bruchteil davon wahr wäre, hätten die mit CDS abgesicherte Versicherung AIG und die amerikanischen und englischen Großbanken nie Pleite gehen können. Wir haben es stattdessen mit einer Überliquidität zu tun, wie sie schon Keynes als gefährlich ansah. Sie trägt bei zur Verursachung und Verstärkung der Krise. Die Einführung oder Wiedereinführung von Steuern auf Finanztransaktionen würde dem gegenüber dazu beitragen, die Märkte und ihre Liquidität und Komplexität zu schrumpfen und so die Wirtschaft als ganze stabiler zu machen. Insofern macht auch das Gegenargument keinen Sinn, alles mit Zusammenhang zu Finanztransaktionen, z.B. auch ausländische Direktinvestitionen und Rentenfonds, würde teurer. Denn gerade die vermeintliche Absicherung durch den explodierenden Handel führt zu Kosten und ist zum Teil auch bedingt durch die Krisen, die erst mit der Liberalisierung so stark zugenommen haben.

Die Krise hat eine weitere Behauptung widerlegt, nämlich dass eine Liberalisierung zumindest bei einer gewissen Reife der Finanzmärkte richtig und erfolgreich sei. Auch

Neoliberale wie Martin Wolf, Chefökonom der Financial Times hatten nämlich schon früher zugegeben, dass eine Liberalisierung von Finanzmärkten in Entwicklungsländern problematisch sein könne (in seinem Buch „Why globalization works“ von 2005). Aber die Probleme würden nur auftreten, weil der Markt eben nicht voll entwickelt sei, in Industrieländern dagegen sei es der richtige Weg. Diese Behauptung muss nun mit der Krise auch für die Industriestaaten aufgegeben werden: die reine Liberalisierung muss auch in vermeintlich entwickelten Wirtschaftsräumen zur Katastrophe führen. Erwähnt sei hier auch das Eingeständnis von Alan Greenspan, dass er die Fähigkeit der Banken überschätzt hatte, in ihrem eigenen Interesse zu handeln.

Ein weiteres wichtiges Argument für die Steuer ist die strukturelle Bevorzugung und Sonderstellung der Finanzwirtschaft. Dieser ist es auf eine gespenstische Weise gelungen, als so segensreich zu gelten, dass ihr Wohl von der Politik gleichgesetzt wird mit dem Wohl der Gemeinschaft. Das partikulare Interesse der Finanzwirtschaft an Steuerfreiheit wird zum allgemeinen Interesse umgedeutet. Dies führt zusammen mit dem Druck der internationalen Standortkonkurrenz zu einem völlig überproportionalen Gewinnanteil der Finanzwirtschaft am Sozialprodukt und der Rettung von Banken vor Firmen. Z.B. hat der Finanzsektor in den USA nur 15 Prozent Anteil an der Wertschöpfung, erzielt aber 40 Prozent der Gewinne. In Deutschland führte diese Sonderstellung dazu, dass 1991 die Börsenumsatzsteuer abgeschafft wurde. Natürlich erbringt die Finanzindustrie bei der Sammlung, Verwaltung und dem Transfer von Kapital einen Nutzen für die Gesellschaft und die wirtschaftliche Produktion. Allerdings kann Produktion im Prinzip auch ohne externes Finanzkapital auskommen, Finanzkapital ohne externe Produktion ist aber völlig wertlos. Die Steuer auf Finanztransaktionen würde dazu beitragen, den überproportionalen Gewinn der Finanzindustrie abzuschmelzen und der Finanzwirtschaft wieder die Rolle in der Wirtschaft zuzuweisen, die ihr entspricht.

Ein häufiges Argument gegen die Steuer ist noch immer, die Steuer verhindere gerade die extremen Währungskrisen nicht, weil sie viel zu niedrig sei. Dies, obwohl die Steuer auf Währungshandel schon längst um eine Art Notbremse bei Währungskrisen ergänzt ist, v.a. durch den Frankfurter Professor Paul Bernd Spahn. Das fortentwickelte Modell sieht vor, bei extremen Schwankungen den Handel mit Steuern von bis zu 100 Prozent zum Erliegen zu bringen. Eine solche Maßnahme ist bekannt von Börsen als Kreislaufbrecher („circuit breaker“). Es muss Aufgabe von Attac sein, die Diskussion über die Steuern auch auf eine solche Spahn-Steuer zu lenken.

Die Krise hat auch das letzte Gegenargument deutlich geschwächt, nämlich dass eine internationale Kooperation bei der Einführung der Steuer unmöglich sei. Wie wir sehen, ist Kooperation schon möglich, wenn der politische Wille da ist. Aber ich will die Erfolge hier nicht überbewerten – gerade Großbritannien erweist sich als der bekannte Bremser. Deshalb bleibt auch unsere Arbeit, so klein ihre Beitrag auch sein mag, weiterhin notwendig. Hinzuweisen ist dabei auch darauf, dass die Steuer genauso für eine Währung oder einen Währungsraum eingeführt werden kann.

Natürlich sind Finanztransaktionssteuern kapitalistische Steuern und stellen das Grundprinzip des Marktes nicht in Frage. Aber sie wirken doch dem Marktprinzip als solchem entgegen und sorgen zumindest innerhalb der kapitalistischen Struktur für größere Verteilungsgerechtigkeit. Klar ist auch, dass sie nur eine Maßnahme unter anderen sind, um die Finanzmärkte zu verändern; andere wie das Verbot bestimmter Fonds oder bestimmter Finanzprodukte oder die stärkere Regulierung von Banken und Ratingagenturen bleiben ebenso notwendig. Dies darf aber nicht heißen, dass Attac den Einsatz für diese Steuern gering achten sollte.